

Antrag

der Abgeordneten Gernot Erler, Hans Gottfried Bernrath, Lieselott Blunck, Dr. Ulrich Böhme (Unna), Anke Fuchs (Köln), Norbert Gansel, Dr. Fritz Gautier, Dr. Uwe Jens, Volker Jung (Düsseldorf), Dr. Elke Leonhard-Schmid, Herbert Meißner, Christian Müller (Zittau), Adolf Ostertag, Manfred Opel, Wolfgang Roth, Dr. Norbert Wieczorek, Dr. Peter Struck, Dr. Hans-Jochen Vogel und der Fraktion der SPD

Soforthilfeprogramm für die Sowjetunion und ihre Republiken

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Multinationale Hilfsmaßnahmen

1. Der Deutsche Bundestag begrüßt, daß die EG ihre Lebensmittelhilfe für die Sowjetunion auf 4 Mrd. DM aufgestockt hat. Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich im Rahmen des G-24-Prozesses für die Bereitstellung eines Rahmens von zweckgebundenen Finanzmitteln im Umfang von 10 Mrd. DM einzusetzen, die zur Finanzierung sofortiger Lieferungen von Lebensmitteln, Medikamenten und anderer dringend benötigter Hilfsgüter in die Sowjetunion und ihre Republiken dienen sollen.

Die Lebensmittel und Hilfsgüter sollen nach Möglichkeit in den ost- und südosteuropäischen Staaten angekauft werden. Auf diese Weise wird zugleich der sowjetisch-osteuropäische Handel wiederbelebt, der seit Beginn des Jahres 1991 schwere Einbrüche zum Schaden beider Seiten erlebt hat. Nur wenn dringend benötigte Güter von den ost- und südosteuropäischen Staaten nicht fristgerecht geliefert werden können, dienen die Finanzmittel auch zum Ankauf von Vorräten der Europäischen Gemeinschaft oder anderer Lieferanten.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, gemeinsam mit den anderen Industrieländern, die sich an dem Hilfsprogramm beteiligen, Verhandlungen mit der Sowjetunion und den Republiken mit dem Ziel einer folgenden Abwicklung der Hilfsaktion zu führen:

- Die über die zweckgebundenen Finanzmittel aufgekauften Lebensmittel und Hilfsgüter werden in der Sowjetunion und ihren Republiken verkauft.

- Die eingenommenen Rubel werden zunächst zur Unterstützung des vorgesehenen Agrarreformprogramms verwendet, d. h. in Form von Krediten zur Gründung von etwa 100 000 Bauernwirtschaften und der Schaffung eines privatwirtschaftlichen Distributionssystems für Agrarprodukte eingesetzt.
- 2. Die Bundesregierung wird aufgefordert, der sowjetischen Regierung und den Republikregierungen die sofortige Bildung eines hochrangigen technischen deutsch-sowjetischen Expertenteams vorzuschlagen, das die alleinige Aufgabe hat, in Form von kurzfristig wirksamen Programmen an die konkrete Beseitigung logistischer Engpässe bei der Ausladung, Zwischenlagerung, Verteilung und dem Verkauf der Hilfsgüter heranzugehen. Bei der Arbeit dieses Expertenteams ist die deutsche und internationale Erfahrung mit der Rußland-Hilfe aus dem letzten Winter heranzuziehen. Wertvolle Hinweise ergeben sich auch aus der Auswertung der Vor-Ort-Erfahrungen jener zahlreichen Hilfsaktionen, die seit dem letzten Winter im Rahmen der ca. 140 deutsch-sowjetischen Städtepartnerschaften stattgefunden haben. Die Bundesregierung wird in Zusammenarbeit mit den bereits bisher beteiligten Hilfsorganisationen auch in diesem Herbst die deutsche Bevölkerung um Spenden für die Völker des Nachbarn Sowjetunion aufrufen und zur Vermeidung einer Anonymisierung der Hilfsbereitschaft vor allem die erprobten Hilfswege im Rahmen der Städtepartnerschaften bei der Verwendung der Spenden nutzen.
- 3. Damit die von der Europäischen Gemeinschaft zur Verfügung gestellte technische Hilfe in Höhe von 400 Mio. ECU auch tatsächlich und rechtzeitig abfließen kann, wird die Bundesregierung aufgefordert, die Voraussetzungen zu schaffen, daß schnellstmöglich förderungswürdige Projekte gemeinsam mit den Partnern auf sowjetischer Seite ausgewählt und in Angriff genommen werden. Die Bundesregierung muß bei der EG auch dafür sorgen, daß der Umfang der technischen Hilfe zur Förderung von Projekten vor allem in den Bereichen Nahrungsmittelversorgung, Managementausbildung, Energieversorgung, Transportwesen und Informationstechniken im nächsten Jahr wirksam aufgestockt wird.

II. Sofortmaßnahmen zur Stärkung der deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen

1. Die Bundesregierung wird aufgefordert, mit der Sowjetregierung und den Republikregierungen die Bildung eines deutsch-sowjetischen Projekt-Förderrates zu verabreden, der die Aufgabe hat, im Rahmen eines Restrukturierungsprogramms auf bilateraler Basis vor allem die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den ostdeutschen Bundesländern und den Sowjetrepubliken wiederzubeleben.

Der Projekt-Förderrat treibt unter Heranziehung von Spezialisten aus dem Ostgeschäft ausschließlich konkrete Einzelprojekte voran und trägt dazu bei,

- die insbesondere auf sowjetischer Seite komplizierter werdende Abwicklung von Projekten zu effektivieren;
 - dabei Projekte auszuwählen, die der marktwirtschaftlichen Umstellung der Sowjetwirtschaft von Nutzen sind;
 - auf diese Weise ein Überleitungsprogramm für ostdeutsche Betriebe zu organisieren, die in besonderer Weise vom Ausbleiben sowjetischer Aufträge in diesem Jahr betroffen wurden.
2. Die Bundesregierung wird aufgefordert, für die deutschen Teilnehmer an deutsch-sowjetischen Gemeinschaftsunternehmen (Joint-ventures) ein Maßnahmenpaket zur Unterstützung bereitzuhalten, um nachweisbar aus der wirtschaftlichen Gesamtsituation entstandene Schwierigkeiten zu überbrücken und um diejenigen Wirtschaftsaktivitäten, die auch in Zukunft eine wertvolle Stütze für den notwendigen Umbau der Sowjetwirtschaft darstellen werden, fortsetzen zu können.
 3. Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Deutschen Bundestag bis zur Jahresmitte 1992 ein mit den westlichen Industrieländern abzustimmendes Gesamtkonzept zur mittel- und langfristigen Unterstützung des Umbaus der sowjetischen Wirtschaft und Gesellschaft zur Beratung vorzulegen.
 4. Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Beratungshilfe für die Sowjetunion und ihre Republiken weiter zu intensivieren und die nötigen Haushaltsmittel hierfür bereitzustellen.
 5. Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Einrichtung einer Deutsch-Russischen Handelskammer in Moskau sowie entsprechende Einrichtungen in den Republiken vorzubereiten.
 6. Die Bundesregierung wird aufgefordert, finanzielle und organisatorische Mittel in ausreichendem Umfang bereitzustellen, um eine spürbare Intensivierung von parlamentarischen Kontakten vor allem auf der Ebene der Fachausschüsse zwischen dem Deutschen Bundestag und dem sowjetischen „Obersten Sowjet“, dem Parlament der RSFSR sowie der übrigen Republiken, die seit August dieses Jahres immer mehr Funktionen übernehmen, zu ermöglichen.

Bonn, den 16. Oktober 1991

Gernot Erler
Hans Gottfried Bernrath
Lieselott Blunck
Dr. Ulrich Böhme (Unna)
Anke Fuchs (Köln)
Norbert Gansel
Dr. Fritz Gautier
Dr. Uwe Jens
Volker Jung (Düsseldorf)

Dr. Elke Leonhard-Schmid
Herbert Meißner
Christian Müller (Zittau)
Adolf Ostertag
Manfred Opel
Wolfgang Roth
Dr. Norbert Wieczorek
Dr. Peter Struck
Dr. Hans-Jochen Vogel und Fraktion

Begründung

Eine stabile innenpolitische Entwicklung in der Sowjetunion und ihren Republiken liegt im Interesse aller übrigen Länder, in besonderer Weise aber im Interesse der Bundesrepublik Deutschland. Nach der Niederschlagung des August-Putsches sind die Chancen für eine Demokratisierung der Gesellschaft und die Durchführung der notwendigen Wirtschaftsreformen in den Ländern der Union gestiegen. Die krisenhafte Entwicklung der Produktion, des Außenhandels und der Versorgung der Bevölkerung kann aber im bevorstehenden Winter die positive Entwicklung gefährden. Ohne eine kurzfristige Stabilisierung der sowjetischen Volkswirtschaft verzögert sich die Herstellung verlässlicher politischer Verhältnisse. Ein sofortiges Programm für die Sowjetunion und ihre Republiken erscheint notwendig.

Die Chance besteht darin, eine Soforthilfe im Rahmen des G-24-Prozesses mit drei parallelen Zielen auf den Weg zu bringen:

- Vermeidung von Versorgungsnotständen der sowjetischen Bevölkerung
- Wiederbelebung der zusammenbrechenden Lieferbeziehungen zwischen Osteuropa und der Sowjetunion
- Anstoßfinanzierung vordringlicher Reformprojekte.

Durch die Auflösungserscheinungen im osteuropäischen Binnenmarkt nach der Umstellung auf Valuta-Basis-Abrechnung und die tiefen Einbrüche im osteuropäisch-sowjetischen Handel haben sich besonders in den Ländern der Trigonale (Polen, ČSFR und Ungarn) umfangreiche, schwerverkäufliche Lebensmittelreserven angesammelt, während der traditionelle Aufkauf dieser Überschüsse durch die Sowjetunion mangels der notwendigen Finanzmittel trotz vorhandenen Bedarfs unterbleibt. Die Regierungen von Warschau, Prag und Budapest haben nachdrücklich dafür plädiert, angesichts ihrer eigenen wirtschaftlichen Probleme diese traditionellen Lieferbindungen jetzt nicht mit den Überschüssen der EG-Agrarproduktion zu substituieren, sondern eine zumindest vorübergehende Wiederbelebung dieser Güterflüsse zu finanzieren. Auf diese Weise können die Finanzmittel der Industrieländer gleichzeitig den Menschen in der Sowjetunion und Osteuropa helfen.

Die vorhandene Kaufkraft auf dem sowjetischen Markt macht es möglich, parallel dazu der anlaufenden Agrarreform einen Startschub zu verleihen. Vorgesehen ist die Gründung von mindestens 100 000 privaten bäuerlichen Gutswirtschaften in einer ersten Stufe, was ohne eine Gewährung von Existenzgründungsdarlehen nicht möglich erscheint. Der Verkauf vom Westen finanzierter Lebensmittel würde ausreichen, um die Finanzmittel für die Bereitstellung der notwendigen Kredite zu gewährleisten.

Diese Pläne können an technischen Engpässen scheitern. Sie wurden während der internationalen Hilfsmaßnahmen für die Sowjetunion, an denen sich kein Land so intensiv beteiligte wie die Bundesrepublik Deutschland, im letzten Winter deutlich. Deshalb muß ein kurzfristiges, sich auf die Beseitigung logistischer Engpässe bei der Anlieferung und Verteilung der Hilfsgüter konzen-

trierendes Programm dafür sorgen, daß die Waren rechtzeitig bei den Bedürftigen ankommen.

Dringender Handlungsbedarf besteht außerdem bei den deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen. Die gegenwärtige krisenhafte Entwicklung droht, selbst die engagiertesten Pioniere hoffnungslos zu machen. Der Einbruch des Osthandels hat in diesem Jahr in besonderer Weise auch Lieferanten aus den neuen Bundesländern getroffen. Es ist besser, jetzt ein Überleitungsprogramm für mittelfristig wieder aussichtsreiche Geschäftsbeziehungen zwischen den neuen Bundesländern und der Sowjetunion zu finanzieren, als die Totalabwicklung der ehemaligen Ostlieferanten durch Zahlungen von Arbeitslosengeld und andere Ersatzprogramme sozial aufzufangen.

Allerdings verbietet sich in der gegenwärtigen, schwer überschaubaren und sich schnell verändernden Entwicklung in den Republiken und im Zentrum der Sowjetunion jede allgemeine oder flächendeckende Förderung. Praktischen Sinn macht zur Zeit allein die Konzentration auf konkrete Kooperationsprojekte und ein Überlebensprogramm für die Joint-ventures, die strukturell für die Wirtschaftsreformen im Lande von Bedeutung sind. Die Anstrengungen zur Aus- und Fortbildung von Spezialisten für Technik, Verwaltung und Wirtschaftsführung müssen verstärkt werden. Insbesondere auf der Ebene der Fachausschüsse, in denen die Reformschritte gerade auch auf Republiksebene vorbereitet werden und die an politischer Bedeutung gewinnen, sollte die Kommunikation zwischen den Parlamenten intensiviert werden. Dies entspricht auch immer wieder vorgetragenen Wünschen unserer Partner im Osten.

Gegenwärtig fehlt es noch an Abstimmung der aus den verschiedensten Quellen fließenden internationalen Maßnahmen zur Stützung der im Umbruch befindlichen Sowjetwirtschaft. Als wichtigstes Geberland sollte die Bundesrepublik Deutschland einen Anstoß zu einem Gesamtkonzept im G-24-Rahmen geben, damit im nächsten Jahr ein verlässlicher Rahmen für die notwendigen Stabilisierungsprozesse in der Sowjetunion und den Republiken entsteht.

